



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 05 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

wir beginnen in diesem BBU-Newsletter mit einem Terminhinweis. Am **22. Juni** findet in Kombination die Jubiläumsveranstaltung **„15 Jahre Selbsthilfegruppe für Chemikaliengeschädigte im Rhein-Main-Gebiet“** und das „15. Frankfurter Kolloquium zum Gedenken an Johann Fonfara“ statt. Auf der Tagesordnung steht auch ein Vortrag zum Thema „Innenraumschadstoffe in Schulen“. Referentin ist Dagmar von Lojewski-Paschke von der AG Innenraumschadstoffe / Bereich Schulen im BBU. Ausführliche Informationen zur gesamten Tagung, die unter dem Motto „Krank durch Schadstoffe, Erkennen – Vermeiden“ steht, findet man unter <http://www.bbu-online.de>. Ebenfalls auf der BBU-Homepage findet man jetzt auch den **BBU-Tätigkeitsbericht 2010 – 2012**, der kürzlich vom BBU-Vorstand erstellt wurde:

<http://www.bbu-online.de/html/Taetigkeitsbericht%202010-%202012.pdf>

Der Tätigkeitsbericht dokumentiert ausführlich das vielfältige, fundierte und wichtige Engagement des BBU. Wer dieses Engagement unterstützen möchte ist eingeladen, dem BBU als Initiative oder Privatperson beizutreten (sofern das bisher nicht geschehen ist), und / oder den BBU mit einer kleinen oder großen Spende zu berücksichtigen.

BBU-Aufnahmeanträge gibt es hier <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Und hier kann direkt für den BBU gespendet werden:

https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578.



Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch einen aktiven Frühlingausklang und einen engagierten Start in den Sommer.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Tag der Umwelt: BBU fordert ökologischen Hochwasserschutz

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat anlässlich des heutigen Welt-Umwelttages (5. Juni) seine Forderungen nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen und Atomkraftwerke sowie das ausnahmslose Verbot von Fracking bekräftigt. Außerdem fordert der BBU vor dem Hintergrund der Hochwasserkatastrophen in weiten Teilen Europas einen ökologischen Hochwasserschutz und aus Gründen des Klimaschutzes den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen. Die breite Bevölkerung ruft der BBU zudem zur Mitarbeit in Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen auf.

Der Tag der Umwelt wurde am 5. Juni 1972 von den Vereinten Nationen anlässlich einer Umweltkonferenz in Stockholm ausgerufen. Der Welt-Umwelttag soll zu einer aktiven Auseinandersetzung mit Umweltthemen anregen, und diese in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken.

Die Notwendigkeit eines umfassenden Umweltschutzes wird in diesen Tagen drastisch spürbar. "Die Folgen des Klimawandels lassen sich nicht leugnen und es ist zwingend erforderlich, auch große Flüsse zu renaturieren und Freiflächen als Überschwemmungsgebiete zu sichern", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand. Der Einsatz von klimaschädlicher Stein- und Braunkohle zur Energiegewinnung muss beendet werden, wobei Risikotechnologien wie die Gasförderung nach dem Fracking-Verfahren nicht als Schein-Alternative genutzt werden dürfen. Das Grundwasser ist bestmöglich zu schützen, daher ist ein Gesetz zum absoluten Fracking-Verbot dringend erforderlich.

Bei der Gasförderung nach dem Fracking-Verfahren drohen weiträumige Boden- und Gewässerversuchungen durch Chemikalien. Die Nutzung der Atomenergie hat sich mit ihren Katastrophen als verheerender Irrweg erwiesen und die Atommüllproblematik wird immer gravierender. Fracking darf nicht in eine vergleichbare Sackgasse führen. Auch wenn das Fracking fördernde Gesetz der Bundesregierung bisher u. a. durch das Engagement des BBU verhindert werden konnte, muss die Öffentlichkeit wachsam bleiben.

Angesichts der zahlreichen Umweltprobleme wünscht sich der BBU neue Mitglieder (Initiativen und Verbände, aber auch Privatmitglieder), die tatkräftig mitarbeiten und ihr vielfältiges Wissen einbringen. Wo Umweltprobleme durch

Großprojekte vorhanden sind, hilft der BBU neuen Initiativen bei der Gründung und bei Genehmigungsverfahren. Zur Vernetzung erscheint monatlich der BBU-Newsletter, in dem Hintergrundinformationen und Aktionstermine veröffentlicht werden. Der Bezug ist kostenlos und ältere Ausgaben können auf der BBU-Internetseite nachgelesen werden. Ebenfalls auf der BBU-Homepage gibt es Informationen zum Bezug von Strom ohne Atomstromanteil:
www.bbu-online.de.

Pressemitteilung des BBU vom 05.06.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/05.061.13.html>

2. Themenbereiche

Artenschutz

BBU und Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder fordern Konsequenzen aus dem aktuellen Böschungsrutsch im Steinbruch der ZKW Otterbein – Sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses ist aufzuheben

Mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 16.05.2013 hat das Regierungspräsidium Kassel grünes Licht für die Vertiefung des Steinbruchs der ZKW Otterbein und die weitere Absenkung des Grundwassers gegeben. Die Umweltbelange sind vom Tisch gewischt worden. Zu den vom BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz), dem Landesverband Hessen des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder im Verfahren kritisierten und vom Regierungspräsidium nicht beachteten Punkten gehört die Standsicherheit der Böschungen des Steinbruchs. Die Böschungen stehen zum Teil unter dem europäischen Schutzregime der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Der nun erfolgte Böschungsrutsch zeigt, dass die Befürchtungen der Umweltschützer mehr als berechtigt sind. Das Gebiet ist bereits ohne Einwirkung des Betriebs der ZKW Otterbein als ausgesprochen verletzlich anzusehen. Es kann keine weitere Zusatzbelastung mehr vertragen. Der BBU und die Bürgerinitiative fordern vom Regierungspräsidium Kassel, die sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses unverzüglich aufzuheben und eine erneute Sachverhaltsermittlung vorzunehmen.

In den vergangenen Tagen ist es bei den Zement- und Kalkwerken Otterbein zu einem Rutsch einer Innenböschung im Steinbruch gekommen. „Betroffen ist eine Böschung im süd-süd-östlichen Bereich. Die Rutschung ist von besonderer Brisanz, da die Außenseite der betroffenen Böschung zum Flora-Fauna-Habitat (FFH) 'Kalkberge bei Großenlüder' gehört und besonders streng geschützt ist. Darüber hinaus befindet sich in direkter Nähe der Schonbereich für den im Steinbruch lebenden Uhu“, teilt Kerstin Desch-Wöhl von Pro Lebensraum Großenlüder mit.

Die Bürgerinitiative und der BBU fordern vom Regierungspräsidium Kassel Konsequenzen. Eine erneute Überprüfung der im Verfahren vorgelegten Standsicherheits-Gutachten ist zwingend erforderlich, um eine Gefährdung der FFH-geschützten Außenböschung und des Schonbereichs für den Uhu auszuschließen.

Ursula Weiß vom BBU führt weiter aus: „Bereits jetzt, vor den im Rahmen der Steinbruchvertiefung geplanten Eingriffe, ist die Situation eines Böschungsrutsches im Steinbruch entstanden. Es ist davon auszugehen, dass das genehmigte Vorhaben der ZKW Otterbein die Situation inakzeptabel verschärfen wird. Unter diesen Bedingungen ist die Genehmigungsbehörde aufgefordert, die getroffene Anordnung über den sofortigen Vollzug der Maßnahmen zurückzunehmen und die erstellten Gutachten auf ihre Korrektheit sowie den gesamten Planfeststellungsbeschluss auf seine Rechtmäßigkeit zu überprüfen.“ Das umweltpolitische Engagement unterstützen!

Der BBU unterstützt die Arbeit der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder und ruft dazu auf, die Initiative mit Spenden zu unterstützen. Das Spendenkonto der Bürgerinitiative ist bei der Sparkasse Großenlüder, Konto-Nr. 29 003 765 Bankleitzahl 530 501 80. Informationen über die BI Pro Lebensraum Großenlüder gibt es im Internet unter www.pro-grossenlueder.de.

Gemeinsame Pressemitteilung des BBU und der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder vom 03.06.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/03.06.13.html>

Foto: Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder- Der Steinbruch der ZKW Otterbein in Großenlüder nach dem Böschungsrutsch.



Atomindustrie

Atomtransporte: Kreuz und quer

Der Spiegel hat am 29. Mai 2013 eine Karte mit diversen Atomtransport-Routen veröffentlicht:

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/die-karte-der-verborgenen-atomtransporte-in-deutschland-a-902059.html>

BMU-Abteilungsleiter Hennenhöfer neuer Vorsitzender der europäischen Atomaufsicher

Der Leiter der Abteilung Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und Strahlenschutz im Bundesumweltministerium, Gerald Hennenhöfer, ist neuer Vorsitzender der Gruppe der Leiter der europäischen Atomaufsichtsbehörden. (...) Die Wahl Hennenhöfers zum Vorsitzenden der ENSREG ist eine Anerkennung und Bestätigung der Bemühungen des Bundesumweltministeriums, das Sicherheitsniveau beim Betrieb von Kernkraftwerken in europäischen Ländern, die an der Nutzung festhalten wollen, stetig zu verbessern. (...)

Aus einer Pressemitteilung des BMU vom 29.05.2013

BBU – keine Teilnahme am „Bürgerforum“ zum Endlagersuchgesetz aber Unterstützung der Petition "Atommüll-Alarm"

(UB) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nahm - ebenso wie andere Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände - nicht an dem sogenannten „Bürgerforum“ zum geplanten Endlagersuchgesetz teil, das am 31. Mai in Berlin begonnen hatte. Der BBU, in dem zahlreiche Bürgerinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet organisiert sind, sieht in dem Forum eine reine Alibiveranstaltung. Der BBU kritisiert, dass nach wie vor auch in der Bundesrepublik Atommüll ohne Ende produziert wird. Dies geschieht in den Atomkraftwerken, aber z. B. auch in den Uranfabriken in Lingen und Gronau. Nach Auffassung des BBU ist völlig unklar, über welche realen Atommüllmengen überhaupt bei dem Forum in Berlin gesprochen werden sollte. Er fordert zunächst die sofortige Atommüllproduktion, damit der Entsorgungsdruck nicht ständig größer wird.

Im Widerstand gegen das Anwachsen der Atommüllberge unterstützte der BBU die Petition: "Atommüll-Alarm" der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (einer Mitgliedsinitiative des BBU). Der Petitionstext lautet:

"Überall im Land liegt Atommüll herum. An Atomkraftwerken. In Zwischenlagern. In Forschungseinrichtungen. In der Asse II und in Gorleben ist die Endlagerung schon mal schiefgegangen. In Gorleben darf sich das nicht wiederholen. Die Bundesregierung macht mächtig Druck. Bis zum Sommer will sie sich mit den Grünen und der SPD einigen, wie sie einen Ort finden, wo der hochradioaktive Müll vergraben werden soll. Am einfachsten wäre es für sie natürlich, an Gorleben festzuhalten. Denn da wurden schon 1,6 Mrd. Euro verbaut. Außerdem muss bis August beschlossen werden, ob Atommüll einfacher ins Ausland verfrachtet werden darf.

So wird das niX! Für das Jahrtausend-Problem Atommüll, wo jahrzehntelang alles falsch gemacht worden ist, lässt sich nicht in wenigen Wochen eine „Lösung“ erzwingen,

- ohne die schlimmen Erfahrungen aus ASSE II und Gorleben zu berücksichtigen,
- ohne dass die Betroffenen sich über die Gefahren selbst eine Meinung bilden können,
- ohne rechtliche Eingriffsmöglichkeiten für Betroffene.

Den giftigen und radioaktiven Müll ins Ausland zu schaffen, geht überhaupt nicht.

Darum fordern wir:

- Schluss mit der Atommüllproduktion
- keine Atommüllexporte oder -importe
- eine umfassende Atommülldebatte

Gorleben geht gar nicht."

Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg konnte zwischenzeitlich die Petition in Berlin mit über 6000 Unterschriften einreichen.

Quellen:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/31.051.13.html>

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/petition#.UbrQS9jLuAM>

Urananreicherung: Urenco an die Börse?

NRW-Landesregierung: Hedgefonds-Beteiligung denkbar / Atomkraftgegner: „Urananreicherung ist kein Spielzeug“

Die niederländische Regierung erwägt in Abstimmung mit der Bundesregierung und der britischen Regierung einen möglichen Börsengang der Urananreicherungsfirma Urenco. Dies geht aus einem jetzt bekannt gewordenen Brief des niederländischen Finanzministers Jeroen Dijsselbloem vom 23. Mai an das niederländische Parlament hervor (s. Quellenangabe unten). Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland, Robin Wood und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) halten diese Pläne für unverantwortlich. Sie fordern von der Bundesregierung ein klares Veto gegen den freien Verkauf der Urenco und außerdem die sofortige Stilllegung der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau.

Dijsselbloem teilt in dem Brief mit, die parallele Vorbereitung eines Börsengangs („initial public offering“) und eines Privatverkaufs solle einen „maximalen“ Verkaufspreis erzielen. Damit konkretisierte Dijsselbloem Äußerungen von EON-Chef Johannes Teyssen, der vor seinen Aktionären Anfang Mai ein „offenes Bieterverfahren“ angekündigt hatte. EON und RWE halten das deutsche Drittel am Urenco-Konzern.

Der Abteilungsleiter im NRW-Wirtschaftsministerium, Michael Geßner, bestätigte in einem Interview mit dem Deutschland-Radio vom 29. Mai, dass beim jetzt geplanten Vorgehen „nicht ganz auszuschließen sei, dass auch Hedgefonds oder Pensionsfonds die (Urenco-)Anteile erwerben könnten“ (s. Quellenangabe unten).

„Wir sind entsetzt über diese Börsenpläne, denn die Urananreicherung ist kein Spielzeug. Bei einem Börsengang kann im Prinzip jeder – und sei es über Strohfirmen – die Anteile am Urananreicherer Urenco erwerben. Am Ende kann überhaupt nicht kontrolliert werden, wer bei Urenco die Mehrheit hat“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

„Die Zentrifugentechnik der Urenco kann zur Herstellung von Atomwaffen genutzt werden. Mit einem Börsengang und der Beteiligung von Hedgefonds und Pensionsfonds wäre die Nichtweiterverbreitung dieser militärisch höchst brisanten Atomtechnologie nicht mehr gewährleistet“, fürchtet Dirk Seifert, Energiereferent von Robin Wood.

Ganz wohl scheint der niederländischen Regierung bei ihrem Verkaufs-Vorschlag selbst nicht zu sein. In seinem Brief listet Dijsselbloem nicht weniger als zehn Kontrollmöglichkeiten auf, welche die Regierungen in Berlin, Den Haag und London behalten sollten, darunter die Möglichkeit Urenco-Direktoren zu entlassen, Käufe und Verkäufe zu kontrollieren, die Anreicherungsanlagen zu inspizieren sowie die Einhaltung internationaler (Nichtweiterverbreitungs-)Verpflichtungen zu kontrollieren.

„Es ist sehr fraglich, wie die drei Regierungen all dies durchsetzen wollen, wenn sie selbst keinerlei Aktien mehr an Urenco besitzen. Letztlich ist zu befürchten, dass es bei Urenco und der Urananreicherung zu einem staatlichen Kontrollverlust kommt. Ernsthafte Sicherheitsprobleme sind damit vorprogrammiert“, so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Quellen:

<http://www.government.nl/documents-and-publications/parliamentary-documents/2013/05/23/intended-sale-of-shares-in-urengo.html>

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/2124050/>

Weitere Infos: www.robinwood.de/uran, www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.aku-gronau.de

Robin Wood, BBU, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, AKU (Arbeitskreis Umwelt) Gronau und SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster. Gemeinschaftliche Pressemitteilung vom 06.06.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/06.06.13.html>

Demonstration gegen das Wiederanfahren der Atomreaktoren Doel 3 und Tihange 2 (Belgien)

(UB) Am 8. Juni fand am Dreiländereck der Niederlande, Belgien und der Bundesrepublik (oberhalb von Vaals / NL) eine internationale Anti-Atomkraft-Demonstration statt. Sie richtete sich konkret gegen das Wiederanfahren der Atomkraftwerke Doel 3 und Tihange 2 in Belgien.

Zur Teilnahme an der Demonstration hatten Anti-Atomkraft-Initiativen aus den Niederlanden, aus Belgien und aus der Bundesrepublik aufgerufen. Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßte die Durchführung der Demonstration und rief alle ökologisch orientierten Initiativen, Verbände und Privatpersonen auf, an der Demonstration teilzunehmen. Rund 500 Menschen beteiligten sich an der Demonstration.

Hier ein Videoclip über die Demonstration von der BBU-Mitgliedsorganisation „Aktionsbündnis Stop Westcastor“: <http://www.westcastor.de/>.

Fracking

Kein Gift in unser Trinkwasser – Fracking verbieten!

Unterschriften für Verbot an Bundesregierung und Landesregierungen schicken

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv zu werden und Unterschriften für ein Verbot von Fracking zu sammeln.

Trinkwasser ist unser höchstes Gut. Bundeskanzlerin Merkel will trotz der heftigen Proteste u. a. vom Deutschen Brauer-Bund und Wasserversorgern wie Gelsenwasser, Fracking in Deutschland erlauben.

Um diese neue Gefährdung des Trinkwassers in ganz Deutschland abzuwenden, muss Fracking verboten werden. Für ein Verbot können sich die Landesregierungen über den Bundesrat einsetzen und natürlich die Bundesregierung selbst.

„Die Listen sind bei schönem Wetter an einem Infotisch oder bei einer Runde in der Nachbarschaft schnell ausgefüllt“, berichtet Ulla Weiß, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), von ihren Erfahrungen beim Unterschriftensammeln. „Einfach auf die Homepage des BBU gehen, die Listen herunterladen und ausdrucken – schon kann jeder losgehen und sammeln!“ Unter diesem Link sind die Unterschriftenlisten zu finden:

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Arbeitsbereiche%20Fracking.html>

Falls gewünscht, können die Listen beim BBU angefordert werden. Der BBU bietet auch an, die ausgefüllten Listen an die Bundesregierung und die jeweiligen Landesregierungen öffentlichkeitswirksam weiter zu leiten.

Kontakt: Christine Ellermann, BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn, 0228-21 40 32; Fax 0228-21 40 33; BBU-Bonn@t-online.de

Beim Fracking wird mit Hilfe von Millionen Litern Wasser, Chemikalien und Sand das Gestein in 500 – 3500 Metern Tiefe aufgesprengt. Das Porengas entweicht und wird zu einem großen Teil für die weitere Nutzung aufgefangen. Sowohl die eingesetzten Frackingflüssigkeiten als auch die Abwässer, die wieder an die Erdoberfläche gepumpt werden, enthalten giftige Chemikalien, Schwermetalle und zum Teil radioaktive Stoffe. Eine umweltgerechte Entsorgung der Fracking-Flüssigkeiten gibt es bisher nicht. Die Bohrungen können intakte Grundwasserspeicher zerstören. Die Stabilität des Untergrunds wird durch das Zertrümmern des Gesteins vermindert. In einigen Regionen Europas und der USA ist es nach Fracking vermehrt zu Erdbeben gekommen.

Pressemitteilung des BBU vom 31.05.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/31.05.13.html>



Riesenerfolg für die Anti-Fracking-Bewegung – Fracking-Recht in dieser Legislaturperiode vom Tisch

Als Riesenerfolg für die Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften gegen Fracking sieht der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) das vorläufige Aus für das bundesweite Fracking-Recht. Die CDU/CSU-Fraktion hatte am Dienstag (04.06.2013) entschieden, den Entwurf nicht mehr in dieser Wahlperiode einzubringen. Vorausgegangen war der Widerstand vieler Unionspolitiker, die den Gesetzentwurf als unzureichend charakterisieren. Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Dieser Rückzug trotz mehrerer Anläufe ist ein einmaliger Vorgang. Innerhalb von zwei Jahren gemeinsamer harter und kompetenter Arbeit hat die Anti-Fracking-Bewegung die Öffentlichkeit und viele Politiker davon überzeugen können, dass Fracking eine unbeherrschbare Risikotechnologie ist. Diese Überzeugungsarbeit und der öffentliche Druck der Initiativen waren die ausschlaggebenden Gründe für das Scheitern der Fracking-Pläne von Altmaier und Rösler.“

Trotz dieses Erfolgs warnt der BBU davor, die Pläne als endgültig gescheitert anzusehen. Oliver Kalusch betont: „Umweltminister Altmaier hat bereits angekündigt, nach der Wahl ein neues Gesetzgebungsverfahren einleiten zu wollen. Wir fordern alle Parteien auf, dem gescheiterten Gesetzentwurf eine Absage zu erteilen und im zukünftigen Bundestag Initiativen für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot zu ergreifen.“

Pressemitteilung des BBU vom 05.06.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/05.06.13.html>

Klimaschutz

Klimaschutz kommt unter die Räder der Autolobby/ Greenpeace fordert Klarheit über den Einfluss von BMW und Daimler auf die Kanzlerin

Greenpeace will einen Antwortbrief der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an den Verband der Autoindustrie (VDA) offen legen lassen. Die Umweltschützer haben heute einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gestellt, um den Einfluss der Autoindustrie auf die Politik transparent zu machen. "Mit der Anfrage wollen wir herausfinden, wie weit die Bundeskanzlerin den Wünschen der Autoindustrie folgt. Als Regierungschefin sollte sie dem Allgemeinwohl und nicht einseitig den Interessen eines Industrieverbandes verpflichtet sein", sagt Greenpeace-Klimaexperte Karsten Smid. Aktuell verhandeln die EU-Staaten über Grenzwerte für Neuwagen ab 2020. Die deutsche Automobilindustrie versucht vehement, die CO₂-Grenzwerte im Gesetz abzuschwächen.

In dem Brief vom 8. Mai, der Greenpeace zugespielt wurde, hatte VDA-Präsident Matthias Wissmann die Kanzlerin gebeten, eine Abschwächung des Grenzwertes durchzusetzen sowie auf ein längerfristiges CO₂-Ziel für 2025 ganz zu verzichten. Unmittelbar danach hatte sich Merkel auf dem Elektromobilitätsgipfel der Bundesregierung am vergangenen Montag nachdrücklich für die Position des VDA eingesetzt. Diese wird allerdings nicht mehr von allen deutschen Herstellern geteilt. Nach einem Gespräch zwischen VW-Chef Martin Winterkorn und der Greenpeace-Geschäftsführung Ende März hatte Volkswagen zugesichert, die Ziele der EU "ohne wenn und aber", das heißt ohne Abschwächungen zu erfüllen.

Hintergrund der verstärkten Lobbyaktivitäten des VDA sind Verhandlungen in Brüssel über den ab dem Jahr 2020 gültigen CO₂-Grenzwert für Neuwagen. Diese gehen nun in die entscheidende Phase. Die Bundesregierung macht sich aktiv für eine Abschwächung des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Grenzwertes stark. Dieser liegt bei 95 Gramm CO₂ je Kilometer (entspricht einem Kraftstoffverbrauch von 3,9 Litern auf 100 Kilometer). Durch ein Bonussystem für Elektroautos (Supercredits), das den Spritverbrauch von gleich mehreren Spritfressern ausgleichen würde, soll das Ziel aber massiv verwässert werden. Mit der Aussage Merkels, "Supercredits haben eine super Bedeutung", vertritt sie nahtlos die Position der Premium-Hersteller Daimler und BMW. Greenpeace lehnt eine Aufweichung des EU-Grenzwertes ab und fordert für 2025 einen Grenzwert von höchstens 60 Gramm CO₂ (ca. 2,5 Liter auf 100 km).

Dies ist nicht das erste Mal, dass sich Autoindustrie und Bundesregierung gemeinsam gegen den Klimaschutz wenden. Bereits 2007 hatte der Einfluss des Chef-Autolobbyisten Wissmann zu einer Schwächung der Klimaziele geführt. Smid kritisiert die damalige Intervention der Kanzlerin als "ein Musterbeispiel für die verlogene deutsche Klimapolitik: Blumige Worte beim Klimaschutz, aber knallharte Interessensvertretung der Autoindustrie, wenn es drauf ankommt. Diese Position schadet der Klimapolitik und sollte von den übrigen EU-Staaten konsequent abgelehnt werden."

Das Informationsfreiheitsgesetz gewährt einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen und politischen Entscheidungsprozessen. Die Anfrage steht im Wortlaut auf der Greenpeace-Internetseite (www.greenpeace.de).

Pressemitteilung von Greenpeace vom 31.05.2013 (Greenpeace ist eine Mitgliedsorganisation des BBU)

Konzernkritik

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz fordert aus Anlass der Vattenfall Media Night: Kein Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg, kein Kohleabbau in Kolumbien, keine Atomtransporte durch Hamburg, Entwidmung aller Häfen – Atomausstieg sofort

Heute ab 19 Uhr lädt Vattenfall, der viertgrößte Stromkonzern Europas, verantwortlich für Kohle- und Atomkraftwerke in Norddeutschland, über 400 VertreterInnen aus Medien, Politik und Wirtschaft zur Vattenfall Business Media Night in das feine Restaurant Lutter und Wegner an der Großen Elbstraße 49.

Aus diesem Anlass weist der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz erneut auf die zweifelhafte Geschäftspolitik von Vattenfall hin. Für das ab 2014 ans Netz gehende Kohlekraftwerk (KKW) Moorburg hat Vattenfall als schwedischer Konzern vor dem internationalen Gerichtshof ISCID verwässerte Umweltstandards eingeklagt, die die Gesundheitsgefährdung der Hamburger Bevölkerung durch Schwermetall- und Feinstaubbelastung missachten. 9 Mio. Tonnen Co²-Ausstoß pro Jahr werden die Klimakrise weiter verschärfen. Der Kohlestrom wird in Hamburg nicht benötigt, sondern in die Niederlande exportiert werden. Auch für die beiden Pannereaktoren Brunsbüttel und Krümmel hatte Vattenfall versucht, dort gegen die vorzeitige Abschaltung nach der Atomkatastrophe von Fukushima zu klagen, um vermeintliche Wirtschaftsnachteile auszugleichen.

Spätestens nach dem Brand des Atomfrachters „Atlantic Cartier“ am 1. Mai im Hamburger Hafen ist deutlich geworden, unter welchen Bedingungen und zu welchem Preis Atomkraftwerke und Atomanlagen in Deutschland und weltweit betrieben werden: Gefälschte Frachtpapiere, verspätete Information der Feuerwehr durch die Innenbehörde, zu wenige Löschboote, alle zwei Tage im Durchschnitt ein Atomtransport per Schiff, Bahn oder LKW durch dicht besiedeltes Hamburger Stadtgebiet. In Schweden plant Vattenfall sogar den Ausbau der Atomkraft. Die Forderung des BBU kann nur lauten: Entwidmung aller deutschen Häfen von Atomtransporten und sofortiger Atomausstieg weltweit. Auch die Kohlkraftwerke betreibt Vattenfall unter sehr fragwürdigen ökologischen Bedingungen. In Nordkolumbien, einem der größten Kohleabbaugebiete weltweit, soll für den Abbau der Steinkohle der Rio Rancheria etwa 25 km umgeleitet werden. Dörfer werden dort zwangsgeräumt, Gewerkschafter, die sich mit den Bedingungen des Kohleabbaus kritisch auseinandersetzen, erhalten anonyme Morddrohungen. Vattenfall plant, die kolumbianische Kohle zukünftig in Moorburg zu verfeuern. Auch in der Lausitz, wo Vattenfall Kohleabbau betreibt und in den brandenburgischen Braunkohlekraftwerken verheizt, wird einer der letzten Urwälder Europas dafür abgeholzt und jahrhundertalte Dörfer zwangsumgesiedelt.

„Es darf nicht sein, dass Vattenfall mit einer positiven Darstellung in den Medien unerträgliches greenwashing betreibt“, so Regina Ludewig vom Vorstand des BBU. „Die Entscheidung darüber, welche Form von Energieerzeugung wir in Zukunft wollen, gehört endlich in BürgerInnenhand. Ebenso notwendig ist der Rückkauf der Stromnetze von Vattenfall in die öffentliche Hand in Berlin und Hamburg. Die BürgerInnen sind mit ihrem Umweltbewusstsein schon viel weiter entwickelt als Vattenfall das lieb ist. Daran werden wir beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz weiter arbeiten“ so Ludewig.

Pressemitteilung des BBU vom 03.06.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/03.061.13.html>

Anm. der BBU-Newsletter-Redaktion: Mehr zum Protest unter

<http://www.robinwood.de/wordpress/blog/aktion/2013/06/vattenfall-hamburg-proteste-gegen-lobby-und-filzfeier/>

Pestizide

PAN veröffentlicht aktualisierte Version der „PAN International List of Highly Hazardous Pesticides“

Mit der Publikation „PAN International List of Highly Hazardous Pesticides (PAN List of HHPs)“ beschreibt PAN, welche Pestizid-Wirkstoffe hochgefährlich sind. Um die Liste der hochgefährlichen Pestizide zu generieren, wendet PAN global anerkannte Kriterien an, die in der Publikation beschrieben sind. Mit der Ausgabe Mai 2013 liegt nun eine aktualisierte Version der Liste vor.

Mehr dazu unter http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB7_PAN_HHP_Liste_F.pdf

PAN und der BBU sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit. Mehr zur Arbeit von PAN unter <http://www.pan-germany.org>

Tierfabriken

Demonstrationen gegen Tierfabriken

13.07., Demonstration in München: <http://www.wir-haben-es-satt.de/start/mir-hams-satt-muenchen>

31.08., Demonstration in Wietze: <http://www.wir-haben-es-satt.de/start/sommeraktion-wietze>.



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 05 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 23.06.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.